

In Lateinamerika ereignen sich nun Dinge, die seit 500 Jahren überfällig sind



Interview mit Dr. Carolus Wimmer,
einem venezolanischen Abgeordneten im Lateinamerikanischen
Parlament

Der gebürtige Münchener Dr. Carolus Wimmer wanderte Anfang der 70er Jahre nach Venezuela aus, wo er bald in der Kommunistischen Partei Venezuelas politisch aktiv wurde. Der promovierte Biologe studierte auch Erziehungs- und Politikwissenschaften. Früher als Direktor für internationale Beziehungen beim venezolanischen Parlament tätig (2001-2005), ist er seit Anfang 2006 venezolanischer Abgeordneter des Lateinamerikanischen Parlaments (Parlatino).

1. Herr Dr. Wimmer, ich freue mich, Sie hier beim Gegengipfel in Wien, einer Gegenveranstaltung bzw. Ergänzungsveranstaltung zum offiziellen Lateinamerika-Gipfel der EU, begrüßen zu dürfen. Was versprechen Sie sich konkret von diesem Gegengipfel?

Dieser Gegengipfel ist sehr wichtig. Beim offiziellen EU-Gipfel sind in etwa 60 Staatsoberhäupter versammelt, ihre Völker sind aber ausgeschlossen. Beim Gegengipfel werden die Themen angesprochen und diskutiert, die für die breite Bevölkerung dieser Länder von Bedeutung sind und nicht auf dem großen, dem „vornehmen“ Gipfel genannt werden. Es war insofern auch mehr als nur ein Symbol, dass unser Präsident Chávez, anstatt am offiziellen Abendessen in Schloss Schönbrunn teilzunehmen, den Alternativgipfel aufsuchte, um dort zu und mit diesen Aktivisten zu sprechen. Das hat ihn offensichtlich mehr interessiert als ein Staatsbankett; das ist ein gutes Zeichen, und so kennen wir ihn.

2. Wie stellt sich die Situation in Venezuela dar, mehr als ein Jahr nach dem gescheiterten Abwahlreferendum der Opposition gegen den Präsidenten Hugo Chávez?

Der politische Kampf geht weiter. Die Situation hat sich gebessert, besonders in der Außenpolitik. Die Opposition wollte beweisen, dass Venezuela undemokratisch wäre. Dies wurde klar widerlegt. Wir können uns seitdem verstärkt dem Aufbau des Landes widmen, den sozialen Programmen, der Landwirtschaft, der Industrieproduktion.

3. Am 4. Dezember 2005 fanden Wahlen statt. Die Opposition hat sich überraschend von den Wahlen zurückgezogen. Was wurde gewählt? Was war der Grund für den Rückzug der Opposition, und wie hat die Regierung darauf reagiert? Gibt es seitdem eine Ein-Parteien-Herrschaft in Venezuela, so wie die Opposition das suggeriert?

Es fanden unter anderem die Parlamentswahlen statt. Diese werden alle fünf Jahre durchgeführt, und alle Parteien hatten das Recht teilzunehmen. Für das nationale Parlament, die Asamblea Nacional, wurden 167 Abgeordnete gewählt, zudem 12 Abgeordnete des Lateinamerikanischen Parlaments (Parlatino) und die sieben venezolanischen Abgeordneten des Andenparlaments.

Die Oppositionsparteien zogen sich wenige Tage vor den Wahlen zurück.

Der Grund war der, dass sie keine Möglichkeit sahen, diese Wahlen zu gewinnen. Die Möglichkeit, als Minderheit im Parlament am politischen Prozess teilzunehmen, schlugen sie aus. Entweder stellen sie die Mehrheit, oder sie ziehen sich von den Wahlen zurück. Die Opposition will, besonders im Ausland, die Illusion aufrecht erhalten, hinter ihr stünde die Mehrheit der Bevölkerung. Die einzige Möglichkeit der Vertuschung ihrer wirklich geringen Unterstützung durch die Bevölkerung war deshalb der Nichtantritt. Begründet hat sie es offiziell damit, dass es keine fairen und demokratischen Wahlen gäbe, und dies, obwohl die Wahlen international beobachtet und auch als korrekt und fair bewertet

wurden, unter anderem von der OAS und der EU. Es war der erneute Versuch, den eindeutigen Wahlsieg der Chávez-Regierung, der sich durch Meinungsumfragen auch ausländischer Umfrageinstitute klar abzeichnete, zu delegitimieren.

Leider sind seitdem keine Oppositionsparteien im Parlament vertreten. Wir bedauern dies.

Die Meinungen im Parlament sind trotzdem unter den vertretenen Parteien weit gespannt. Neben den Parteien MVR, PPT, Podemos, PCV und regionalen Parteien gibt es auch Vertreterinnen und Vertreter der indigenen Bevölkerung. Wir haben einen breiten, aber auch sehr konstruktiven Diskurs. Die Opposition außerhalb des Parlaments hat alle Freiheit einer Opposition, aber wir hoffen sehr, dass sich die Opposition zukünftig wieder an der Parlamentsarbeit beteiligt und zu Wahlen antritt. Wir brauchen eine demokratische Opposition, die aber auch eine Minderheitenrolle akzeptieren kann und nicht versucht, mit undemokratischen und gewaltsamen Mitteln die Regierung zu stürzen.

4. Die Situation wirkt aber weit ruhiger und gelassener als noch vor einem Jahr ...

Die Mehrheit des Volkes steht hinter diesem revolutionären Prozess, der sich nicht zuletzt durch seine Sozialprogramme für die ärmsten Teile der Bevölkerung auszeichnet, aber auch durch strukturelle Änderungen in der Wirtschaft und durch Solidaritätsarbeit auf internationaler Ebene. Es gibt eine Opposition, und eine Opposition hat eine wichtige Rolle in der Demokratie. Aber speziell nach dem Putsch 2002 und der Öl- und Wirtschaftssabotage 2003 haben die Oppositionsparteien einen Großteil ihrer Anhänger verloren. Sie präsentieren kein wirklich alternatives Programm und keine glaubwürdigen Lösungen für die Probleme des Landes. Zudem sind sie innerlich stark zerstritten, und es fehlt ihnen an Führungspersonlichkeiten, die zum Beispiel als Gegenkandidaten die Opposition einen könnten. Ein wichtiger Teil der Opposition steht immer noch für undemokratische Versuche „Chávez muss weg, ganz egal wie“. Das ist keine Lösung, die viele Anhänger mobilisiert. Die größte Oppositionspartei schafft bei Umfragen auf diese Weise gerade um die 10% der Stimmen.

5. Die Opposition spricht davon, dass Chávez das Land ins Chaos stürzt und die Wirtschaft ruiniert.

Das Gegenteil ist der Fall. Es wird eine neue Wirtschaftspolitik vorangetrieben, die dem Volk zugute kommt. Die makroökonomischen Ziffern belegen dies auch. Venezuela ist ein interessanter Handelspartner und hat als einziges lateinamerikanisches Land de facto keine Auslandsschulden. Dieser Bürde der letzten Jahrzehnte haben wir uns in den letzten Jahren entledigt. Die Devisenreserven sind heute weitaus größer als die Auslandsverpflichtungen. Die gesunde, stabile Wirtschaft wird international anerkannt. Wir sind aber nicht makroökonomisch fixiert, wie von neoliberaler Seite gerne vorgelebt, die mit makroökonomischen Kennziffern protzt, während die Bevölkerung darunter leidet und ausblutet. Unsere Wirtschaft hat sich daran zu orientieren, das Volk aus der Armut zu holen.

6. Sie kandidierten für das Lateinamerikanische Parlament und wurden auch gewählt. Was ist die Aufgabe des Lateinamerikanischen Parlaments und was Ihre konkrete Aufgabe als Abgeordneter?

Das Lateinamerikanische Parlament existiert seit 41 Jahren. Es schließt 22 Länder Lateinamerikas und der Karibik ein. Es ist eine der wenigen Organisationen, in denen auch Kuba nicht ausgeschlossen wurde. Die Aufgabe ist, die Integration Lateinamerikas und der Karibik voranzutreiben, die Überführung von geschlossenen zwischenstaatlichen Verträgen in die Realität. An dieser Idee arbeiten 13 Ausschüsse im Parlament, wie Gesundheitspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, an Problemen wie Drogen, Terrorismus, Energiepolitik und so weiter.

Der Hauptsitz ist in Sao Paulo, in Brasilien; dort gibt es jährlich eine Hauptversammlung. Während des Jahres arbeiten die Ausschüsse auf nationaler wie regionaler Ebene. Ich arbeite in drei Ausschüssen. Ich bin verantwortlich für Energie- und Bergbaupolitik, nehme im Ausschuss für Erziehung, Kultur, Wissenschaft und Technik und im Ausschuss für Landwirtschaft und Viehzucht teil.

7. Sie sind Mitglied der KP. Wie ist das Verhältnis der KP zur Chávez-Regierung, welche Rolle nimmt die KP ein?

Wir sind nicht mit MinisterInnen in der Regierung, aber wir unterstützen mit voller Verantwortung den politischen Prozess. Wir waren die erste politische Partei, die Chávez im Wahlkampf 1998 unterstützt hat, und wir nehmen an allen wichtigen Entscheidungen teil. Die KP ist seit den Parlamentswahlen im Dezember 2005 mit einer 8 köpfigen Abgeordnetenfraktion im Parlament. Wir sind verantwortlich für den Ausschuss der sogenannten Poder Popular (=Volksmacht). Hier geht es darum, das Volk in den Gesetzgebungsprozess einzubinden, ihm Möglichkeiten zu geben, auf den Gesetzgebungsprozess einzuwirken, und Gesetze dem Volk verständlich zu machen. Die KP arbeitet aber auch konkret mit den sozialen und alternativen Bewegungen zusammen. Wir sehen uns als konstruktiv kritische Kraft in diesem revolutionären Prozess.

8. Das Verhältnis zu den USA hat sich nicht verbessert, eher verschlechtert. Bei einer der letzten UN-Vollversammlungen hat Chávez die USA heftig angegriffen. Vor einigen Monaten hat Venezuela alle Devisenreserven aus den USA abgezogen und nach Europa verlagert. Steuert Venezuela auf einen „nichtdiplomatischen“ Konflikt mit den USA zu?

Venezuela hat nicht alle Devisenreserven abgezogen, aber einen bedeutenden Teil. Dies ist Ausdruck unserer multilateralen Politik, aber es sind auch Absicherungen, nicht zuletzt finanzpolitischer Art. Mit dieser instabilen US-Regierung und US-Politik wäre es unbesonnen, alle Reserven in US-Banken zu deponieren. Generell ist der Euro als wichtige Währung anerkannt, und deshalb ist es logisch, dass Venezuela seine Reserven auch in Europa, in dessen Währung, absichert. Das Verhältnis zur Bush-Regierung ist schwierig, weil es von der Bush-Regierung schwierig gemacht wird. Wir versuchen, die Kontakte mit dem nordamerikanischen Volk zu intensivieren. Venezuela beweist praktische Solidaritätsarbeit mit den Armen der USA. So haben wir beispielsweise über unser Vertriebsnetz in den USA, CITGO, Öl zu stark verbilligten Preisen an Arme in den USA abgegeben, besonders im Süden und speziell in New Orleans nach der Naturkatastrophe. Wir suchen beste Beziehungen zu den USA, aber mit dieser aggressiven und kriegslüsterigen Politik von Bush ist das schwierig. Wir hoffen, dass es keinen militärischen Konflikt mit den USA gibt, müssen uns aber verantwortungsvoll auf diese Möglichkeit vorbereiten.

9. Die US-Regierung erklärte mehrfach, dass Venezuela isoliert werden müsse. Der Versuch, Venezuela zu isolieren, scheint aber wenig zu fruchten. Es scheint, als ob sich Venezuela zum Motor der lateinamerikanischen Integration macht ...

Wir leben ständig unter den Drohungen der Bush-Regierung, die wir sehr ernst nehmen, da die USA die wichtigste Militärmacht sind, vor allem aber eine destruktive Militärmacht. Ziel unserer Politik ist es, dass diese Drohungen hoffentlich nicht Wirklichkeit werden. Wir machen eine erfolgreiche Politik in Lateinamerika, weshalb diese Isolationsdrohungen und –bemühungen unsererseits mit einer Solidaritätspolitik in Lateinamerika beantwortet werden. Wir haben ausgezeichnete Beziehungen zu allen lateinamerikanischen Regierungen, selbst zu US-hörigen Regierungen. Wir bauen die Beziehungen zu Asien und Europa aus, mittlerweile auch, erstmalig in der Geschichte, zu Afrika.

Für uns ist es wichtig, dass es nicht bei den formellen diplomatischen Beziehungen bleibt, sondern dass konkrete Beziehungen erwachsen, die den Völkern beidseitig helfen. In Europa sehen wir zunehmendes Interesse daran. Die Beziehungen zu den europäischen Ländern verbessern sich kontinuierlich. Diese Politik bedeutet, dass die US-Vision, die Monroe-Vision „Lateinamerika nur für die US-Amerikaner“ erfolgreich durchbrochen wird. Venezuela ist zur Zeit ein Motor, aber auch nicht der einzige Motor, für solidarische Beziehungen und Zusammenarbeit in Lateinamerika und auch außerhalb.

10. Mittlerweile gibt es eine Reihe von sogenannten Linksregierungen in Südamerika: Lula in Brasilien, Velázquez im Uruguay, Evo Morales in Bolivien. In Argentinien nimmt Kirchner eine immer kritischere Rolle zum IWF und dem entwickelten Norden ein. Steht Südamerika vor dem Linksruck? Welche Folgen ergeben sich für Venezuela aus dem Wahlerfolg der Linken?

Zweifelloos ist die Position Venezuelas gestärkt, da immer mehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit entstehen. Für die lateinamerikanische Integrations- und Solidaritätspolitik ist diese Linkregierung

außerordentlich wichtig. Es handelt sich um nationale Bestrebungen, und die Regierungen werden von ihren Völkern nach links gedrängt. Wir sprechen von einer revolutionären Welle in Lateinamerika. Die Bevölkerung dieser Länder macht einen enormen Druck auf die Regierungen und dadurch auch aktiv Politik. Die Regierungen müssen nun ihre Versprechungen, besonders Wahlversprechungen, einhalten. Vor Evo Morales wurden mehrere Regierungen in Bolivien durch Druck der Bevölkerung davongejagt. Dies bedeutet, dass sich nun Dinge in Lateinamerika ereignen, die seit 500 Jahre überfällig sind. Dass zum Beispiel in Bolivien mit einer Mehrheit indigener Bevölkerung erstmals ein Vertreter dieser Mehrheit das Regierungsoberhaupt stellt; diese historische Gerechtigkeit war früher undenkbar. Bolivien ist ein Beispiel, und dieses Beispiel wird sich hoffentlich ausweiten. Wir hoffen auf Veränderungen in Nicaragua, Mexiko, selbst in Kolumbien. Die Politik der eisernen Hand der USA hatte in Kolumbien keinen Erfolg. Kolumbien war vorgesehen als Sprungbrett der USA nach Venezuela. Dies ist gescheitert. Wir sind zufrieden, dass die Völker zunehmend ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, und dass neue politische Kräfte an die Macht drängen.

11. Es scheint eine Umorientierung in der Politik Venezuelas stattgefunden zu haben. Früher waren alle Augen nach Norden gerichtet, Handel fand nur mit den entwickelten Ländern statt. Seit Chávez ist das anders ...

Es ist nur natürlich, dass man zuerst Kontakt zu den Nachbarn unterhält. Unsere unmittelbaren Nachbarn sind Kolumbien, Brasilien, Guayana und die karibischen Länder. Die mittelbaren Nachbarn, mit denen uns zudem die Sprache, Kultur und ein Großteil der Geschichte verbindet, sind Länder wie Bolivien, Chile, Argentinien und so weiter. Unser Fokus hat sich geändert, was nicht bedeutet, dass wir die anderen Beziehungen gering schätzen. Wir sprechen vom Süden und meinen damit nicht nur Lateinamerika, sondern auch Asien und Afrika, wo Venezuela erstmalig in der Geschichte konkrete Politik macht. Wir haben einen Vize-Minister für Afrika, wir eröffnen Botschaften in afrikanischen Ländern - ein Kontinent, der früher in der venezolanischen Politik inexistent war.

12. Zur Zeit läuft eine Kampagne gegen den Großgrundbesitz. Die Opposition und ihre Medien sprechen von Enteignungen und einem Angriff auf das Privateigentum.

Das Recht auf Boden ist seit 500 Jahren eine Forderung in Lateinamerika. Damals hatte man der Bevölkerung das Land weggenommen, und sie hat es nie mehr zurückerhalten. In der venezolanischen Verfassung wird das Recht auf Arbeit festgeschrieben und auch das Recht der Bauern auf Besitz des von ihnen bebauten Bodens. Unsere Regierung ist laut Verfassung, die in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, verpflichtet, den Großgrundbesitz zu beenden.

Der allergrößte Teil des Großgrundbesitzes liegt brach. Die Regierung bietet den Großgrundbesitzern zuerst an, das Land zu bebauen. Wir können in einem Land, in dem immer noch große Teile der Bevölkerung an Hunger leiden, nicht akzeptieren, dass große Landstriche mit dem fruchtbarsten Boden nicht bebaut werden, weil die Besitzer seit Jahrzehnten kein Interesse an der Landwirtschaft haben. Wenn der Großgrundbesitzer der Aufforderung zur Bebauung nicht nachkommt, wird der Besitz vom Staat aufgekauft, also nicht enteignet, sondern aufgekauft, und Bauern in Genossenschaften übergeben. Dadurch entsteht eine neue Form des Eigentums, das Kollektiveigentum von Genossenschaften, also in den Händen derjenigen, die das Land bebauen.

13. Chávez benützte vor nicht langer Zeit den Begriff „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ für sein Projekt. Löst dieser Begriff den der „Bolivarianischen Revolution“ ab? Steht dahinter ein Paradigmenwechsel bzw. was ist der Unterschied zwischen beiden Begriffen? Welche weiteren Schritte sind von der „Bolivarianischen Revolution“ in Venezuela zu erwarten?

Wir können von einer Evolution in der Revolution sprechen. Es begann mit der Idee, einen neuen Staat mit einer neuen Verfassung aufzubauen, Gerechtigkeit zu schaffen, auch unter dem Bild der christlichen Nächstenliebe. Ein Großteil der Bevölkerung und auch unser Präsident durchlebten qualitative Sprünge, nicht zuletzt durch den Druck von außen. Wie kämpft man gegen die Ungerechtigkeit und gegen die Armut? Dies war auch ein Thema beim offiziellen Gipfel hier in Wien. Nur beklagt man immer nur die Armut, ohne aber Nutznießer und Gewinner dieser Armut zu benennen. Will man Armut bekämpfen, muss man auch über den Kapitalismus sprechen, der diese Armut hervorgebracht hat. Kapitalismus bedeutet Ausbeutung von Menschen und auch von ganzen

Regionen. Deshalb entwickelte sich automatisch die Kapitalismuskussion und mit dieser auch die Imperialismuskussion und logischerweise nun die Sozialismuskussion. Da der Kapitalismus die Probleme unserer Völker offensichtlich nicht lösen kann, brauchen wir einen neuen Vorschlag, und so entwickelte sich der Begriff des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit ist eine Konstante in der Geschichte der Welt. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen und Erfahrungen aufarbeiten und müssen diese an die lokalen Verhältnisse in Venezuela anpassen. Es ist fundamental, dass neue Fernziele angezeigt werden. Es handelt sich nicht um Reformen im Kapitalismus, sondern um die Suche nach neuen Lösungen, und wir nennen dies „Sozialismus im 21. Jahrhundert“. Diese Sozialismuskussion ist also Teil der Bolivarianischen Revolution, ein logisches und dynamisches Fortschreiten in diesem Prozess. Das bedeutet nicht, dass wir den Sozialismus per Dekret herbeischaffen könnten, sondern dass wir konkrete Lösungen finden müssen für eine neue, nichtkapitalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch Außenpolitik. Unsere Konzepte lauten Solidarität, Kooperation und gegenseitige Hilfe. Wir bauen weniger auf Konkurrenz eines jeden gegen jeden, so wie es speziell der Neoliberalismus predigt, sondern auf Solidarität.

Die Verfassung garantiert die Freiheit des Eigentums, solange dies nicht bedeutet, dass der Großteil der Bevölkerung ausgeschlossen wird oder sich Monopole bilden. Die Verfassung schränkt aber das Eigentumsrecht dort ein, wo dadurch Unrecht entsteht und Menschenrechte verletzt werden, wie das Recht auf Nahrung oder Wohnung.

14. Im Dezember 2006 finden Präsidentschaftswahlen statt. Die Umfragewerte sprechen davon, dass Chávez mit einer großen Mehrheit rechnen kann. Gleichzeitig sprechen Gerüchte davon, dass die Opposition erneut zum Boykott aufruft und nicht an den Wahlen teilnimmt.

Es gibt Umfragen in Venezuela, auch solche, die von ausländischen Instituten durchgeführt wurden und die nicht im Verdacht stehen, Chávez-freundlich zu sein, die aussagen, dass Chávez mit großer Mehrheit die Wahlen gewinnen wird. Diese Werte werden sich bis dahin auch nicht verschlechtern, sondern sicher noch verbessern, da die Sozialprogramme mehr und mehr greifen und mehr und mehr Menschen davon profitieren. Die Schwierigkeiten werden dadurch aber nicht geringer werden aufgrund der aggressiven Politik der US-Regierung und durch unsere demokratiefeindlichen Oppositionsparteien. Wir befürchten, dass es keine ruhigen Wahlen geben wird, weil der politische Gegner alles tun wird, um zu versuchen, den Sieg von Chávez zu delegitimieren. Ein Teil der Opposition, die AD, hat bereits angekündigt, dass sie nicht zu den Wahlen antreten wird. Andere streiten innerparteilich darum, ob sie antreten oder nicht. Mittlerweile raufen sich bei den Oppositionsparteien acht Präsidentschaftskandidaten, von denen keiner in den eigenen Reihen unumstritten ist. Es ist für die Opposition sehr schwer, überhaupt eine einheitliche Linie zu finden. Dies kann bedeuten, dass sie, speziell unter dem Druck aus Washington, in letzter Minute von den Wahlen zurücktreten wird. Wir wünschen es nicht. Wir wollen einen demokratischen Wahlkampf, in dem das Volk entscheiden kann, wer der nächste Präsident wird. Die Nichtbeteiligung der Opposition an den Wahlen nimmt auch den Anhängern der Opposition das demokratische Recht abzustimmen.

Diese Wahlen werden, wie auch die letzten Abstimmungen, von internationalen Wahlbeobachtern der OAS und auch der EU beobachtet werden.

15. Zurück zu Deutschland. Gibt es Kontakte auf parlamentarischer Ebene, die über die normalen diplomatischen Gepflogenheiten hinausgehen?

Mittlerweile gibt es Kontakte zu parlamentarischen Gruppen. Das bedeutet, dass unsere Parlamente, die Asamblea Nacional oder das Lateinamerikanische Parlament, direkte Beziehungen zum deutschen Bundestag und zum europäischen Parlament aufnehmen und über Freundschaftskreise ausbauen, mit dem Ziel, mehr gegenseitiges Verständnis zu wecken.

Wir hoffen, dass bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006, die unter den Augen vieler internationaler Wahlbeobachter stattfinden werden, auch eine Gruppe von Parlamentariern aus Deutschland unter diesen Wahlbeobachtern sein werden. Dort kann beobachtet werden, ob die demokratischen Verhältnisse in Venezuela eine authentische Abstimmung zulassen oder nicht, so wie die Opposition behauptet.

Zum Europaparlament gibt es sehr gute und solidarische Beziehungen, besonders zur Abgeordneten Sahra Wagenknecht, die Venezuela mehrfach politisch bereiste, die Vorgänge hier sehr gut kennt und auch ein Buch über Venezuela verfasste. Aber auch insgesamt ist das Verhältnis mit der Gruppe der Linksfraktion im EP sehr gut.

Im neuen Bundestag, speziell im auswärtigen Ausschuss, gibt es eine gute Zusammenarbeit mit den Abgeordneten der Linkspartei, die hoffentlich auch Interesse bei anderen Parteien des Bundestags schaffen werden.

Kürzlich hatte ich Kontakte mit den Abgeordneten der Linkspartei Kornelia Möller und Wolfgang Gehrcke, die großes Interesse an der venezolanischen Entwicklung zeigten und hoffentlich zukünftig wichtige Bindeglieder in der deutsch-venezolanischen Freundschaft sein werden.

16. Eine Konferenzreise führte Sie letztes Jahr durch Deutschland und Österreich. Was war ihr Zweck? Haben sich Ihre Hoffnungen erfüllt?

Es gibt ein großes Interesse in Europa, speziell in Deutschland und Österreich, an den Ereignissen in Venezuela. Dies ist wichtig und auch sehr motivierend für uns. Nicht zuletzt weil sich Solidaritätsgruppen gegründet haben, die in Veranstaltungen über die Realität in Venezuela informieren und diskutieren. Diese Reflexionen helfen uns im Diskussionsprozess in Venezuela. Wir wollen keine Schwarzweißmalerei. Wir brauchen konstruktive Kritik und Teilhabe an Erfahrungen, die schon gemacht wurden, aus Gegenwart und Vergangenheit.

Die Einladung im vergangenen Jahr führte uns durch wichtige Solidaritätszentren wie Berlin, Wien, München, Stuttgart, Nürnberg, Bochum.

Das internationale Medienmonopol der Konzerne zeichnet ein sehr einseitiges und verzerrtes Bild von Venezuela, deshalb sind alternative Netzwerke als Korrektur unverzichtbar.

Diese Kontakte müssen weitergehen und bidirektional weiter ausgebaut werden. Freunde und Freundinnen sollen nach Möglichkeit nach Venezuela kommen, um diesen Prozess konkret zu erleben und uns auch mit ihren Vorschlägen und ihrer Kritik zu inspirieren.

Herr Dr. Wimmer, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch entstand am 13. Mai 2006 in Wien, beim Alternativgipfel zum offiziellen EU-Lateinamerika-Gipfel. Das Gespräch führte Albert Köstler.